

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Vorfeld der letzten Präsidentschaftswahl zwischen Januar 2015 und Dezember 2018 wurden in der DR Kongo, häufig in Zusammenhang mit Protesten, zahlreiche Menschen Opfer brutaler Repressionen. Dabei wurden mindestens 300 Menschen getötet. Hunderte andere wurden verletzt, gefoltert oder anderweitig Opfer von grausamen und unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen. Auch zahlreiche willkürliche Verhaftungen fanden in dieser Zeit statt.

In der Nacht vom 19. September 2016 griffen bewaffnete Männer in Armeuniformen das Büro der politischen Partei Union für Demokratie und sozialen Fortschritt (UDPS) im Bezirk Limete in Kinshasa an. Ein 54-jähriger Wachmann, Bouquin Bukasa, wurde von den bewaffneten Männern getötet und in Stücke geschnitten. Dann setzten sie das Gebäude in Brand. Dadurch wurden vier weitere UDPS-Mitglieder getötet: Stéphane Mwabilayi, Bilomba Tshimungu, Pierre Kapena Wetu und John Mutamba Mbuyi.

Der neue Bericht von Amnesty International („Dismissed“) zeigt, dass die Regierung es bislang versäumt hat, solche schweren Menschenrechtsverletzungen, die von den Sicherheitskräften der DR Kongo im Vorfeld der Wahl begangen wurden, wirksam und landesweit zu untersuchen und die mutmaßlichen Täter strafrechtlich zu verfolgen. Auch wenn eine gemeinsame Untersuchungskommission in ihrem Bericht vom April 2018 zu dem Schluss kam, dass die Sicherheitskräfte für schwere Menschenrechtsverletzungen während der zwischen Dezember 2017 und Februar 2018 in Kinshasa organisierten Proteste verantwortlich waren, warten die Opfer immer noch darauf, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich glaube an eine Zukunft, in der Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird und in der Wahrheit und Gerechtigkeit Schlüsselemente des Staatsbildungsprozesses in der DR Kongo sind. Ich fordere Sie daher dringend auf,

- dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die zwischen Januar 2015 und Dezember 2018 an schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Demonstranten und anderen Verbrechen beteiligt gewesen sein sollen, unabhängig von ihrem Rang oder ihrer Position wirksam strafrechtlich verfolgt werden und dass dringend alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um weitere brutale Repressionen gegen Demonstranten zu verhindern.
- zu gewährleisten, dass die Opfer und ihre Familien Zugang zu Justiz und angemessenen Entschädigungen erhalten.

Mit freundlichen Grüßen,

DR KONGO: GERECHTIGKEIT FÜR DIE OPFER DER GEWALT IM VORFELD DER PRÄSIDENTSCHFTSWAHL VON 2015-2018

A. AKTIONSANLEITUNG

Liebe Unterstützer*innen,

zunächst einmal vielen Dank für Eure Unterstützung, in dem Ihr diese Petition unterschreibt oder teilt. Damit diese Aktion koordiniert verläuft, gibt es ein paar Dinge zu beachten:

- Wir sammeln bis zum **21. Februar 2021** Petitionen
- Sendet die Petitionen bitte an das Postfach der Koordinationsgruppe DR Kongo von Amnesty:
Koordinationsgruppe DR Kongo
c/o Amnesty International
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
- Bei Fragen oder Anregungen könnt Ihr uns, die Koordinationsgruppe DR Kongo, per Mail kontaktieren unter info@amnesty-drkongo.de.

Nochmals vielen Dank für Eure Mithilfe,
Die Koordinationsgruppe DR Kongo

B. HINTERGRUND

Im Vorfeld der Wahl im Dezember 2018 hat Amnesty International schwere Menschenrechtsverletzungen in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) dokumentiert. Die Regierung der DR Kongo ging brutal gegen friedliche Proteste vor, die von der Opposition und zivilgesellschaftlichen Gruppen organisiert worden waren. Die Proteste richteten sich gegen die Verlängerung der Amtszeit von Ex-Präsident Joseph Kabila über die von der Verfassung erlaubten 10 Jahre (2 Amtszeiten von 5 Jahren).

Zwischen 2015 und 2018 wurden nach Angaben der UNO 300 Kongolesen im Zusammenhang mit dieser brutalen Unterdrückung getötet. Jugendliche wurden systematisch und brutal von den Sicherheitskräften angegriffen. Oppositionelle wurden systematisch verhaftet, zur Flucht ins Exil gezwungen und daran gehindert, ihre Meinung frei zu äußern.

Am 30. Dezember 2018 fand schließlich die Präsidentschaftswahl statt, bei der Félix Tshisekedi zum Sieger erklärt wurde. Am 24. Januar 2019 wurde er als Nachfolger von Joseph Kabila, der seit 2001 an der Macht war, als Präsident vereidigt. Die Partei von Präsident Tshisekedi, die Union für Demokratie und sozialen Fortschritt (UDPS), hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten für Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit in der DR Kongo eingesetzt. Jetzt hat er das Kommando und kann gegen Straflosigkeit in der DR Kongo vorgehen.

Bitte schließen Sie sich unserer Forderung an Präsident Tshisekedi an und verlangen Sie von ihm dafür zu sorgen, dass die mutmaßlichen Verantwortlichen für die genannten Verbrechen und andere schwere Menschenrechtsverletzungen, strafrechtlich verfolgt werden.

Verlangen Sie, dass die Opfer und ihre Familien angemessene Wiedergutmachungen erhalten.

Sagen Sie ihm, er solle wirksame Maßnahmen ergreifen, um weitere brutale Repressionen gegen Demonstranten zu verhindern.